



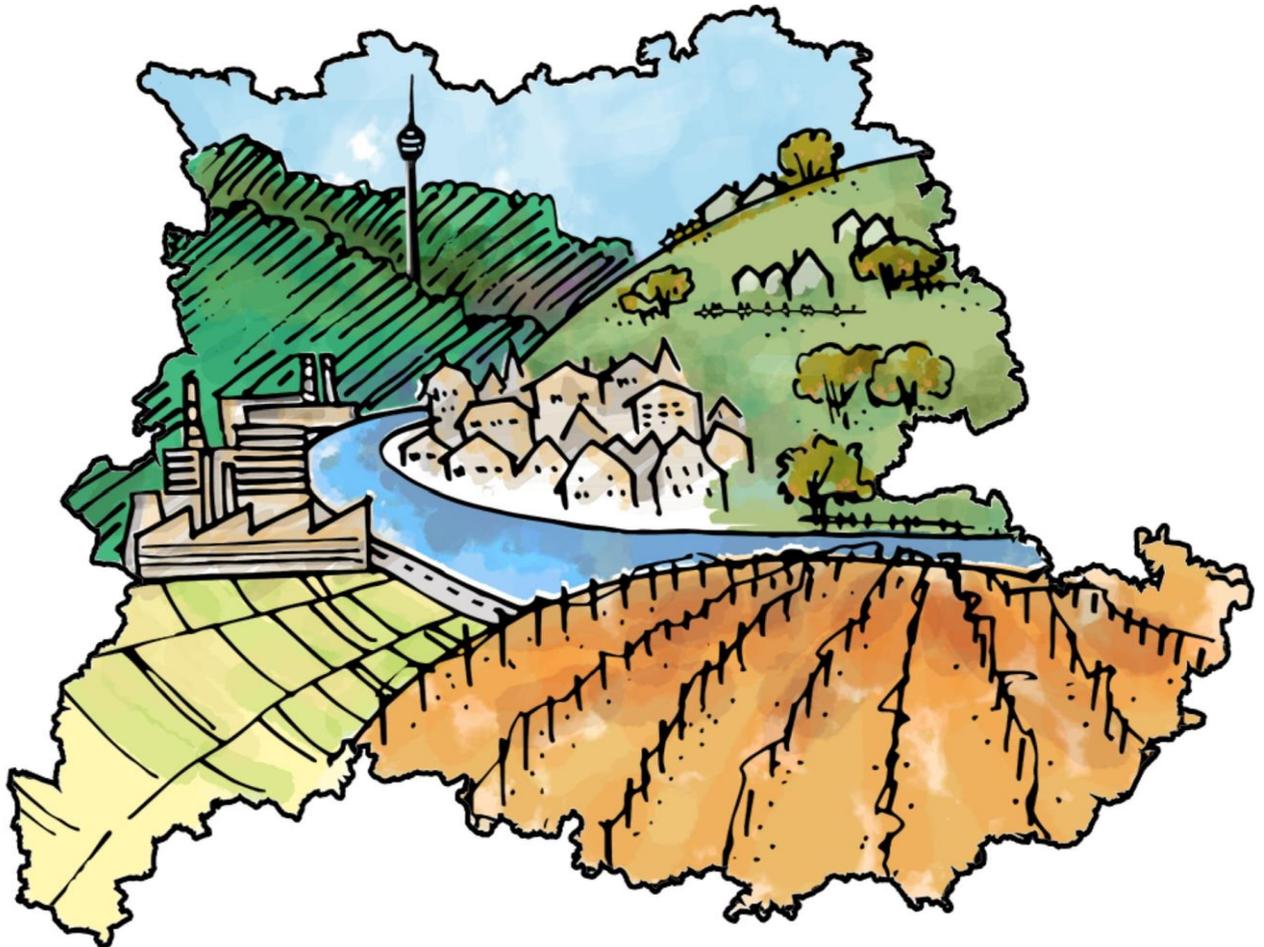
STADT
LAND
PLUS+

POLITIKEMPFEHLUNGEN FÜR EINE KOMPENSATION MIT MEHRWERT

Claudia Bieling, Laura Spranz, Stefanie Clauß,
Christiane Humborg, Martin Maier

GEFÖRDERT VOM





**RAMONA – STADTREGIONALE
AUSGLEICHSTRATEGIEN ALS MOTOR
EINER NACHHALTIGEN LANDNUTZUNG**

GEFÖRDERT VOM

POLITIK FÜR EINE KOMPENSATION MIT MEHRWERT

Insbesondere in den wirtschaftsstarken Regionen konkurrieren landwirtschaftliche Produktion, der Natur- und Landschaftsschutz, der Wunsch nach Erholungsraum sowie der Bedarf an Entwicklungsflächen für städtische Nutzungen miteinander. Dies bewirkt einen starken Druck auf die natürlichen Ressourcen wie Boden, Wasser und Luft sowie auf die Tier- und Pflanzenwelt, und eine Vielzahl von Eingriffen in Natur und Landschaft müssen ausgeglichen werden. Eine strategische Planung dieser Ausgleichsmaßnahmen in Abstimmung mit anderen Ansprüchen an die Flächennutzung wird immer wichtiger, ist jedoch aufgrund der Komplexität der Situation schwer zu erreichen.

Mit einem Fokus auf die exemplarisch für diese Problemlage stehende Region Stuttgart entwickelte das Projekt RAMONA (Stadtregionale Ausgleichsstrategien als Motor einer nachhaltigen Landnutzung) auf der Grundlage von Befragungen von Akteuren und Fallstudien Empfehlungen für die politische Gestaltung einer „Kompensation mit Mehrwert“. Diese zielt darauf ab, alle Beeinträchtigungen für die einzelnen Schutzgüter, die durch Eingriffe entstehen, fachgerecht und möglichst vollständig zu kompensieren und darüber hinaus Aufwertungen für weitere Ziele der Daseinsvorsorge (z.B. Erholung, Anpassung an den Klimawandel) zu erreichen.

UNSERE EMPFEHLUNGEN AN DIE POLITIK

Die folgenden **neun zentralen Empfehlungen** richten sich an politische Entscheidungsträger:innen auf den Ebenen des Bundes, der Länder und der Kommunen.

1. Anreize zur Minimierung und Vermeidung von Eingriffen schaffen

Dem Kompensationsgeschehen vorgeschaltet ist die Vermeidung von Eingriffen, wie im §15 BNatschG niedergelegt. Dieser Paragraph ist eine wesentliche Stellschraube für die Minderung des Flächendrucks und negativer Auswirkungen auf die Natur. Viele Praxisbeispiele zeigen: Eine vollwertige Kompensation von Eingriffen ist selbst bei einer bestmöglichen Umsetzung von Maßnahmen nicht immer zu erreichen. Dies gilt insbesondere für das sich langsam entwickelnde Schutzgut Boden. Hieraus ergibt sich ein dringender politischer Handlungsbedarf: Das Ziel der Vermeidung von Eingriffen muss stärker in die politische Agenda und den Diskurs einbezogen werden, auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung und -umsetzung. Auch Forschungsaktivitäten zu Ansätzen, die zu einer Vermeidung von Eingriffen beitragen, sollten verstärkt werden.

2. Kapazitäten für das fachkundige Kompensationsmanagement erhöhen

Viele Probleme innerhalb des Kompensationsgeschehens sind auf unzureichende Personalkapazitäten bei den zuständigen Ämtern und Behörden zurückzuführen. Die personellen Kapazitäten für das Kompensationsmanagement könnten über zwei Ansätze erhöht werden:

1. Mehr Fachpersonal auf kommunaler Ebene. Damit können die Ziele der Kompensation und die Flächensuche langfristig und vor Ort geplant und verbessert werden. Das dort angesiedelte Personal ist direkt in die Abläufe integriert und kann für die Aufgaben auf genaue Kenntnisse der örtlichen Akteure und Gegebenheiten zurückgreifen. **2. Einbeziehung von Planungsbüros und anderen externen Fachkräften.** Hiermit können Personen mit Expertise zu speziellen Fachgebieten eingebunden werden, die durch das kommunale Personal in der Regel nicht abgedeckt werden können.

Für beide Optionen sind ausreichende finanzielle Mittel wesentliche Voraussetzung, um die Personalkapazitäten auszubauen.

3. Angebot zur fachlichen Aus- und Weiterbildung erweitern, Fachberatung stärken

Niederschwellige Angebote zur fachlichen Aus- und Weiterbildung aller in der Kompensationspraxis mitwirkenden Akteure sind auszubauen. Mögliche Formate umfassen Fachtagungen, Online-Weiterbildungsangebote (zu festgelegten Terminen oder zeitlich flexibel belegbar) sowie Informations- und Schulungsmaterial, etwa auf bestimmte Problemstellungen zugeschnittene Handlungsleitfäden. Dadurch können Wissenslücken geschlossen und eine hochwertigere Kompensation ermöglicht werden.

Eine besonders effektive Möglichkeit, die fachliche Qualität der Kompensationspraxis zu stärken, wäre der Einsatz von Kompensationsmanager:innen auf Landkreisebene. Diese könnten die Kommunen beraten, wie eine gute Kompensationspraxis vor Ort konkret umzusetzen wäre. An der Schnittstelle zwischen Kommune und Landkreis kämen ihnen auch wichtige Funktionen der Koordination und Integration zu. Interkommunale Abstimmungsprozesse, Flächensuche und Ansprechpartner:in für Flächeneigentümer:innen wären auf einer Position vereint.

4. Potenziale Ehrenamtlicher aktiver nutzen und fördern

Personen, die ehrenamtlich für den Naturschutz aktiv sind, bringen oft gute, ortsbezogene Kenntnisse beispielsweise zum Vorkommen bestimmter Arten oder möglicher Kompensationsflächen mit. Wir empfehlen, diese selten genutzten Potenziale von nicht professionell mit Kompensationsmaßnahmen betrauten Akteuren anzuerkennen und eine Strategie für ihre Einbindung in das Kompensationsgeschehen zu entwickeln. Mitarbeiter:innen von Behörden sollten gezielt darin unterstützt werden, mit ehrenamtlich Aktiven in Kontakt zu treten. Auch Wege der Anerkennung der Beiträge von Ehrenamtlichen sollten etabliert werden.

Es ist dabei aber zu betonen, dass eine funktionierende Kompensation und die Bereitstellung von ausreichend Fachpersonal eine staatliche Pflichtaufgabe ist, die nicht auf Ehrenamtliche verlegt werden kann.

5. Bewertungsvorgaben für die gleichberechtigte Berücksichtigung aller Schutzgüter entwickeln

Fehlende Einheitlichkeit und ungenaue Definition von angepeilten Zielzuständen erschweren ein wirksames Monitoring und verhindert auch die Sanktionierung von Fällen, in denen Kompensationsmaßnahmen unzureichend umgesetzt werden. Es ist daher notwendig, für alle Schutzgüter quantitative Indikatoren zu entwickeln. Diese Bewertungssystematik muss einheitlich in allen gesetzlichen Grundlagen des Kompensationsgeschehens niedergelegt sein, dabei aber den regionaltypischen Kontext berücksichtigen (z.B. über naturraumspezifisch unterschiedliche Werte, Skalen oder Gewichtungen).

6. Überkommunale und vorsorgende Planung fördern

Fachgerecht aufgestellte kommunale Landschaftspläne bieten eine vorsorgende und überkommunale Grundlage für die Suche nach Maßnahmen und Kompensationsflächen. Das gesamte Instrument Landschaftsplanung sollte im Naturschutzgesetz gestärkt werden. Das bedeutet konkret: die für die Pläne erforderlichen Inhalte sind explizit festzuschreiben, die regelmäßige Fortschreibung ist verpflichtend zu machen und deswegen ist auch eine konsequente Sanktionierung von Verstößen gegen die festgelegten Planungen aufzunehmen.

Auch das Ökokonto ermöglicht eine vorsorgende Planung ohne zeitlichen Druck und daher die Möglichkeit, Maßnahmen und Flächen rein nach fachlichen Gesichtspunkten zu wählen. Dieses Potenzial kann besonders gut in einem Ansatz verwirklicht werden, der Ökokonto und Landschaftsplan miteinander kombiniert.

7. Kompensation im Innenbereich umsetzen und stärken

Kompensation im Innenbereich, so genannte planinterne Maßnahme im Geltungsbereich des Bebauungsplans, zielt vorrangig auf Privatflächen ab. Allerdings zeigt sich, dass diese Maßnahmen aktuell häufig nicht (dauerhaft) oder nur teilweise umgesetzt werden und schwer kontrollierbar sind.

Kompensation im bebauten Raum muss daher konsequenter umgesetzt und langfristig gestärkt werden. Dies kann über zwei Wege erreicht werden: **1. Flächeneigentümer:innen gezielt ansprechen**, Verpflichtungen erläutern und sie bei der Umsetzung unterstützen. Gleichzeitig müssen die Maßnahmen konsequent kontrolliert werden, auch um ihre Bedeutung und Verbindlichkeit sichtbar zu machen. **2. Fokus auf öffentliche Grünflächen richten**. Kompensationsmaßnahmen könnten auf öffentlichen Grünflächen umgesetzt werden, dabei sollten die Kosten auf die privaten Eigentümer:innen umgelegt werden. Vorteil dieser Variante ist der direkte Zugriff auf die Flächen durch die Kommune und eine insgesamt bessere Steuerbarkeit der Maßnahmen. Die beiden Ansätze können auch parallel verfolgt werden.

8. Aktuelle, informative und öffentlich zugängliche Datenbank anlegen und pflegen

Fehlende Aktualität, Vergleichbarkeit, Nachvollziehbarkeit und Transparenz zeichnen aktuell das Kompensationsverzeichnis in Baden-Württemberg aus. Dadurch werden die Kontrolle von einheitlich und klar definierten Zielzuständen erheblich erschwert und zudem kaum Möglichkeiten geboten, eine interessierte Öffentlichkeit in das Kompensationsgeschehen einzubinden. Daher sollte eine aktuelle, informative und öffentlich zugängliche Datenbank zu Kompensationsmaßnahmen angelegt und gepflegt werden. Hierbei ist es zunächst wichtig, baurechtlichen und naturschutzfachlichen Ausgleich zusammenzuführen. Ein strengeres Datenmanagement bei der Eingabemaske sichert die Qualität (Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit) der Einträge.

Mittelfristig wäre eine landesweit einheitliche Datenbank auf der Grundlage der auf dieser Ebene definierten Bewertungssystematik erstrebenswert. Diese muss einerseits die Verständlichkeit für Fachfremde gewährleisten. Andererseits müssen alle wesentlichen Informationen, insbesondere die klare Definition von Zielbiotopen, vermittelt werden.

Für die konkrete Umsetzung der Datenbank sind zwei Varianten denkbar. Alle Informationen könnten in einem einzigen Verzeichnis zusammengeführt werden. Die Informationen werden dabei nach fachlicher Tiefe gestaffelt dargestellt, so dass unterschiedliche Nutzer:innengruppen nach eigenem Ermessen auf die Ebene mit dem für sie passenden Angebot zugreifen könnten. Alternativ könnten ausgewählte Kerninformationen aus der Datenbank, die der Nicht-Fachöffentlichkeit zugänglich sein sollen, über ein spezielles Angebot separat zur Verfügung gestellt werden.

9. Öffentliches Bewusstsein schaffen für Mehrwerte, die durch gute Kompensation entstehen

Kompensation gilt bisher als ein Fachthema für einen eng umgrenzten Personenkreis in Behörden und Planungsbüros, und gerade erstere sehen Kompensation häufig als Belastung. Eine Kompensation mit Mehrwert ermöglicht jedoch nicht nur den Ausgleich von Eingriffen in Natur und Umwelt, sondern führt zu einer Verbesserung von Natur und Landschaft und der Lebensbedingungen für die Menschen. So entsteht im Idealfall eine Entlastung der Kommunen – eben dann, wenn eine gut geplante Kompensationsmaßnahme Einzelaktivitäten in verschiedenen Bereichen der Daseinsvorsorge unnötig werden lässt oder diese zumindest unterstützt. Für diese Vorteile und Synergien zwischen Kompensationsmaßnahmen und weiteren Themen der Daseinsvorsorge (Klimaanpassung, Klimaschutz, Gesundheit, Erholung, u.v.m.) im Stadt-Land-Bezug sollte ein öffentliches Bewusstsein geschaffen werden. Gute Beispiele sollten ein zentrales Thema von Beratungs- und Weiterbildungsangeboten sein.